

hördlicher Maßnahmen „nach dem vergleichbaren fortgeschriebenen wirtschaftlichen Einkommen“ zusteht. Als erste Maßnahme der Regierung wurde dieser Rechtsanspruch ausradiert, naturgemäß, ohne dies an die große Glocke zu hängen. Auf Nachfrage verschüchterter Journalisten wurde erklärt, dass der Staat sich diese Ersatzregelungen nicht leisten könne. Durch die Regierungsaussage, wonach die Wirtschaftskrise bewältigt werden müsse, „koste es was es wolle“, wurde dies aber konterkariert. So blieb der fahle Nachgeschmack, dass ein Rechtsanspruch auf Abgeltung wirtschaftlicher Nachteile durch komplizierte Hilfsprogramme, auf die kein Rechtsanspruch bestehen soll, ersetzt wurde.

Für die Zukunft geht es darum, Regeln zu schaffen, die extrem einfach formuliert und anwendbar sein müssen, sicher keine leichte Übung.

Zuschüsse vereinfachen

Ansätze gäbe es: Durch einen sogenannten Verlustrücktrag könnten Gewinne vergangener Jahre mit einem krisenbedingten Verlust kompensiert und durch Steuerrückstellungen sofort Liquidität geschaffen werden. Fixkostenzuschüsse könnten dadurch vereinfacht werden, dass sie bei steuerlichen Erklärungen auch vorweg jeweils ausgewiesen werden. Die Kurzarbeit hat sich zwar bewährt, für die Vorausfinanzierung könnte aber der Staat den Banken rascher direkt haften. Und selbst aus der marktliberalen Schweiz kann man lernen, dass Mietzinszahlungen für geschlossene Unternehmen gesetzlich um 60 % reduziert werden könnten. In Österreich belastet man diesbezüglich die Gerichte.

Und natürlich könnten Gesetze so ausgestaltet sein, dass Unterstützungsleistungen an budgetäre Grenzen gebunden werden.

4. Eine Systemschwäche zeigte auch die Informationsebene. Wo-

ZUM AUTOR



Karl Newole ist Rechtsanwalt in Wien, Absolvent der Johns-Hopkins-Universität in den USA und Klubvorsitzender der Liste „Wir im Ersten“ in 1010 Wien, die sich parteiunabhängigen Fragen des kommunalen Zusammenlebens widmet. Im Gefolge der Coronakrise engagiert er sich in zwei Initiativen: massenschaeden.at, um Verdienstentgang für Unternehmer geltend zu machen, und startjetzt.eu zur geistigen Bewältigung der Krise. [Newole]

chenlang wurde verkündet, dass man nur ins Freie dürfe, um sich „die Beine zu vertreten“ oder um zu verhindern, dass „einem die Decke auf den Kopf fällt“. Dies war zu keinem Zeitpunkt richtig. Auch ein Verbot von privaten Zusammenkünften in den eigenen vier Wänden oder am eigenen Grundstück gab es nie.

Tage bis zum Gesetzestext

Die Maßnahmen wurden zudem in Pressekonferenzen zunächst nur angekündigt, es brauchte aber Tage, um über die Gesetzestexte zu verfügen. Nicht selten wichen diese von den Vorankündigungen aber ab. Dies ist freilich ein generelles Phänomen: Politik wird immer öfter mit Ankündigungen und über Tweets, selbst auf Ebene der Weltpolitik, betrieben, die tatsächlichen Fakten und Normen sehen oft anders aus.

Die Verbreitung von Falschnachrichten, insbesondere über die sogenannten sozialen Medien, ist mittlerweile ein Alltagsphänomen. Gerade für oberste Staatsorgane sollte aber gelten, dass diese über den Inhalt der von ihnen zu vollziehenden Normen nicht unrichtig informieren. So wird etwa nicht selten über EU-Recht geflunkert, um sich nationalstaatlich besser herauszuputzen. Und schon bei der seinerzeitigen Diskussion über die „Präventivhaft“ wurde die Öffentlichkeit von Regierungsmitgliedern wiederholt in die Irre geführt.

Wie wäre es mit Gesetzen, die das wiederholte und zumindest grob fahrlässige Verbreiten von unrichtigen Nachrichten über Rechtsnormen oder Behörden handeln durch oberste Staatsorgane strafrechtlich sanktioniert? Gerade die Glaubwürdigkeit ist in Krisenzeiten ein hohes Gut, das gegen krasse Verzerrungen zu schützen ist.

5. Alle Vorhaben sollten ferner so sein, dass sie in möglichst vielen EU-Staaten ähnlich sind, auch um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Es wäre eine reizvolle Aufgabe, aus drei oder vier EU-Ländern jeweils zwei oder drei Experten eine Woche lang zusammenzubringen, um gemeinsame Richtlinien für die nächsten Epidemiefälle auszuarbeiten und den nationalen Parlamenten vorzulegen.

Ein klares Rechtsregime für den Fall der Fälle wäre jedenfalls besser als ein Ad-hoc-Flickwerk mit almosenhaftem Charakter. Die Gesetzgebung in Zeiten einer Pandemie stünde so vielleicht besser da als seinerzeit die Liebe in Zeiten der Cholera.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Es wird Nacht im Weißen Haus Und Trump geht nicht freiwillig

Die Diskussion für den Fall einer Niederlage des amtierenden US-Präsidenten wird immer intensiver. Einmalig. Ungewöhnlich. Bezeichnend.

Führen Sie sich folgendes Bild vor: Augen: Auf den Tag genau heute in acht Monaten, 12 Uhr mittags, ist die Stunde, in der es in den USA zu einem Machtwechsel kommt. Donald Trump soll das Weiße Haus in Washington verlassen. Er weigert sich. Er hat die Wahl knapp verloren, anerkennt das Ergebnis nicht. Was passiert dann?

Diese Frage löst seit einigen Wochen in den USA auffällig häufig Beunruhigung oder Angstzustände aus. In Washington wurde bereits das sogenannte Transition Integrity Project (Reibungslose Machtübergabe) ins Leben gerufen. Über Parteigrenzen hinweg werden alle Varianten durchgespielt: knappe Niederlage Trumps, klarer Sieg des Gegenkandidaten Joe Biden, Einschüchterung von Wahlhelfern durch die Republikaner, Einsatz des Militärs, um Trump aus dem Weißen Haus zu begleiten etc.

In acht Monaten also! Die meisten Kommentatoren sind sich einig, dass der friedliche Machtwechsel in den USA vor allem von Einsichtigkeit, gutem Willen und der Kooperation des Wahlverlierers abhängt – wie 2000 im Fall des Demokraten Al Gore.

Allerdings können Einsichtigkeit, guter Wille und Respekt vor den Institutionen Donald Trump nach den letzten dreieinhalb Jahren nicht attestiert werden. Im Gegenteil: Unberechenbarkeit, Ich-Bezogenheit, Verachtung für Traditionen sind die Merkmale seiner ersten Amtsjahre.

Skeptiker und Kritiker werden sich heute, Samstag, nach der ersten Massenveranstaltung im Wahlkampf um die Präsidentschaft beständig sehen. Allein der Austragungsort, Tulsa in Oklahoma, ist eine Provokation; Stadt des größten Massakers an Afroamerikanern 1921. Auch die Veranstaltung selbst in Coronazeiten ist eine solche. Von den Massen wird ein schriftlicher Klagsverzicht für den Fall einer Ansteckung mit Covid-19 verlangt. Das Massenevent soll den brüllenden Beweis liefern, dass die Liebe seiner Anhänger ungebrochen und bedingungslos ist, sie auch bereit sind,

ihre Gesundheit für ihn zu opfern. Was immer Trump heute oder in den knappen fünf Monaten bis zur Wahl sagen wird, zählt nicht. Das gilt für Akzeptanz wie kürzlich („Wenn ich verliere, verliere ich“) oder Weigerung. Erstens sagt er am Tag darauf oft das Gegenteil; zweitens behauptet er immer wieder, er habe ja nur geschertzt.

Das physische Ausharren im Oval Office im Fall einer Wahlniederlage ist aber nicht das einzige Szenario, mit dem sich die amerikanische Öffentlichkeit wird beschäftigen müssen. Was, wenn seine Anhänger bürgerkriegsähnliche Zustände auslösen und von Trump angefeuert werden? Setzt er dann die Armee gegen seine Gegner ein? Was, wenn er die Pandemie ausnützen wollte und eine Verschiebung der Wahl im November anstrebt? Schwiegersohn Jared Kushner hat diese Diskussion mit einer Bemerkung beflügelt, die Wahl sei nur aus „heutiger Sicht“ garantiert. Und selbst im Fall eines Sieges bleibt die Ungewissheit. Vielleicht

wollten die Amerikaner ja eine dritte Amtszeit für ihn, meinte Trump kürzlich. Niemand glaubt, er habe nur geschertzt.

Zuletzt deutete viel darauf hin, dass Trump und sein Team bei einer Niederlage „Betrug“ schreien werden. Diese Linie wird systematisch aufgebaut. So ist die „Briefwahl“ für sie des Teufels, obwohl Trump sie selbst in Florida in Anspruch genommen hat. Sie sollte verboten werden, denn sie nütze nur den Demokraten. Mit der ständigen Diskreditierung der Briefwahl sollen – besonders in Pandemiezeiten – ganze Wählergruppen von ihrem Wahlrecht abgehalten werden. Die ihm ergebene Gefolgschaft werde sich davon nicht beeindrucken lassen. So das Kalkül.

Trump ist durch Pandemie, Rassenunruhen, Gerichtsurteile und Enthüllungen in die Defensive geraten. Das macht ihn gefährlich. Bis jetzt war es undenkbar, dass ein Präsident das Amt nach einer Niederlage nicht verlässt. Jetzt nicht mehr. Das wird man heute in Tulsa erahnen können.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Anneliese Rohrer
ist Journalistin
in Wien.
diepresse.com/rohrer

den Griff bekommen hat“ nicht nur blindlings geglaubt, sondern auch noch die chinesischen Maßnahmen (Einschränkung persönlicher Freiheiten, Überwachungsapps, in manchen Ländern sogar das Passierschein-System) kopiert haben, ist umso bedauerlicher. Damit wurde das „europäische Demokratie-Virus“, das den überlegenen, starken, bestimmenden Staat bedroht, nicht nur in Asien sehr erfolgreich bekämpft . . .

Michael Scharl, 1070 Wien

Alle Denkmäler in einen Park gestellt

„Warum uns der Denkmalstreit so aufregt“, „Quergeschrieben“ von Anna Goldenberg, 18. 6. Eine Ergänzung zum klug ausgewogenen Beitrag: Die Esten haben nach der Wende 1989, um die Russen und ihre russischen Landsleute (25 Prozent der Bevölkerung) nicht zu vergrämen, alle Denkmäler aus der Sowjetzeit kommentarlos in einem Park in Tallinn zusammengestellt. Er ist im

Baedeker Baltikum-Führer nicht erwähnt und war (2007) menschenleer: Weder Touristen noch Sowjet-Nostalgiker interessierten sich für ihn . . .

Dr. Günter Lachawitz, 3400Klosterneuburg

Bevölkerungswachstum ist der Kern des Problems

„80 Millionen Menschen auf der Flucht“ v. Burkhard Bischof, 19. 6. Wer über Krieg, Umwelt, Migration usw. reden will, muss zuallererst über das Bevölkerungswachstum reden. Eine steigende Bevölkerung braucht mehr Wasser, Energie und Nahrung. Ein Beispiel ist der Konflikt zwischen Ägypten, dem Sudan und Äthiopien um das Nilwasser und den Grand Ethiopian Renaissance Dam. Ägypten war früher die Kornkammer der Region und Nahrungsexporteur. Jetzt ist es ein großer Nahrungsimporteur. 102 Millionen Menschen in einem Flusstal, denen jetzt die Nachbarn den Fluss abdrehen (weil sie das Wasser auch brauchen). Seit 1950 ist die Bevölkerung in Ägypten von

20 auf 102 Millionen Einwohner, im Sudan von fünf auf 42 Millionen Einwohner und in Äthiopien von 18 auf 109 Millionen Einwohner gestiegen. Bei höchstens gleichbleibenden natürlichen Ressourcen. Man muss kein Raketenphysiker sein, um zu wissen, dass diese Entwicklung nicht nachhaltig sein kann. Der Schutz vor Krieg und Umweltzerstörung beginnt mit dem Eindämmen des Bevölkerungswachstums.

Chris Veber, 6020 Innsbruck

Frauenärzte dürfen auch Männer impfen

„Ärzttekammer warnt vor Impflücken“ von Köksal Baltaci, 19. 6. Selbstverständlich dürfen Frauenärzte auch Männer impfen, da sie ja das Jus practicandi besitzen – also die allgemeine Berufsberechtigung für Ärzte – und somit selbstständig alle ärztlichen Tätigkeiten, welche sie sich zutrauen, durchführen dürfen.

Dr. Peter Frühmann, FA für Gynäkologie, 1110 Wien

„Trinken muss das Pferd aber selbst . . .“

„Integration in den Zeiten von Corona“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 16. 6.

Im Englischen gibt es ein Sprichwort, das übersetzt etwa so lautet: Man kann das Pferd zur Tränke bringen, aber trinken muss es selbst. So ähnlich ist es wohl in vielen Fällen mit dem Deutschlernen bzw. dem Lernen überhaupt. Wenn Angebote nicht angenommen werden, nützen sie gar nichts. Wer sich nicht selbst bemüht und auch nicht seine Kinder zum Lernen anhält, wird auch nicht weiterkommen und das Heer der mangelhaft Ausgebildeten vergrößern. Kinder orientieren sich in erster Linie am Beispiel der Eltern!

Zitat aus dem Artikel: „In vier Jahren . . . haben wir es nicht geschafft, genug Basiskenntnisse der Landessprache zu verbreiten . . .“ Wieso müssen nur wir (ich nehme an, wir als österreichischer Staat sind gemeint) Kenntnisse verbreiten? Im Alltag gibt es viele Mög-

lichkeiten, sich Sprachkenntnisse anzueignen, wenn man nur will: Mit den Nachbarn reden, lesen – man kann ja mit einfachen Kinderbüchern oder Comics anfangen, deutschsprachige Fernsehsender ausprobieren, usw.

Wenn ich mich aber in meine Parallelgesellschaft zurückziehe, nur das Fernsehprogramm des Herkunftslands konsumiere etc., wie soll ich da in der österreichischen Gesellschaft ankommen?
Alexa-Maria Pilz, 4844 Regau

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.